

Die Qual der Wahl – Kandidatencheck zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

NORDRHEIN | Es ist wieder soweit: Am 15. Mai wählt NRW die Landesregierung der kommenden Jahre. Im Interview stellen sich die vier Spitzenkandidat*innen von FDP, CDU, GRÜNEN und SPD den Fragen der IGBCE

KOMPAKT: Der Weg zur Klimaneutralität stellt die Industrie in unserem Land vor große Herausforderungen und wird sich auf die Arbeitswelt auswirken. Welche Herausforderungen und Chancen sehen Sie in dem Prozess?

Joachim Stamp (FDP)

Die Industrie ist ein wesentlicher Grundpfeiler für Wertschöpfung und Innovation. Um die Zukunftschancen der Industrie zu nutzen, braucht es eine Transformation hin zu einer klimafreundlichen Industrie. Für uns ist klar: Weniger Emissionen haben mehr Zukunft. Dabei ist unser Anspruch, Vorreiter und Vorbild für andere zu sein.

Wir wollen NRW zum modernsten, klima- und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas machen. Die große Innovationsstärke des Industriestandorts NRW wollen wir weiter ausbauen und alle neuen Technologien gleichermaßen fördern. Dabei wollen wir ein Land der Strukturwandel-Gewinner werden. Veränderung darf kein Angstwort sein, sie muss als Chance verstanden und ergriffen werden.

Mona Neubauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die klimaneutrale Transformation unserer Wirtschaft ist eine Generationenaufgabe – und sie ist zugleich eine riesige Chance für die Beschäftigten und die Unternehmen. Gelingt es, diesen Prozess erfolgreich zu gestalten, schaffen und halten wir Jobs und Wertschöpfung von morgen bei uns im Land. Das Projekt ist aber zu groß, um Wirt-

schaft und Industrie damit allein zu lassen. Deshalb geben wir den Unternehmen in NRW einen klaren Rahmen und die nötige Unterstützung.

Mit verlässlichen Regeln, die sich für viele kreative Menschen, Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell lohnen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Mit gezielter Förderung, funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und deutlich effizienteren Verwaltung.

Thomas Kutschaty (SPD)

Energiewende und Klimaschutz sind eine Riesenchance für unser Land. Kein anderes Bundesland verfügt über so viel technologisches Know-how in der Energiewirtschaft wie NRW. Deutschlands größte Energieversorger, aber auch größte industrielle Energieverbraucher haben hier ihren Sitz, ebenso wie die wichtigsten Universitäten und vor allem hunderte mittelständische Champions im Bereich der erneuerbaren Energien, neuen Antriebstechnologien und Energiespeicher.

Was über Jahrzehnte vor allem mit Kohle verbunden wurde, wird zukünftig mit Wind, Sonne, Wasserstoff verbunden sein. Wenn wir so verbunden denken, können wir den Klimawandel und die Transformation hin zur Klimaneutralität als Jobmotor begreifen.

Hendrik Wüst (CDU)

Die große Herausforderung ist sicherlich, dass wir den schon laufenden Ausstieg aus

DAS SIND DIE KANDIDAT*INNEN



Foto: FDP

Joachim Stamp, FDP
1970 in Bad Ems geboren. Politikwissenschaftler und aktuell Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie stellvertretender Ministerpräsident in NRW. Verheiratet, zwei Töchter.



Foto: SPD

Thomas Kutschaty, SPD
1968 in Essen geboren. Rechtsanwalt und ehemaliger Justizminister in NRW. Seit 2021 Landesvorsitzender der NRW-SPD. Verheiratet, drei Kinder.



Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mona Neubauer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1977 in Bayern geboren, seit 1997 in NRW Zuhause, Diplom-Pädagogin und seit 2014 NRW-Landesvorsitzende ihrer Partei.



Foto: Tanja Tiwisina

Hendrik Wüst, CDU
1975 in Rhede geboren und dort auch wohnhaft. Rechtsanwalt und aktueller Ministerpräsident in NRW. Verheiratet, eine Tochter.

Atomenergie und Kohleverstromung sowie eine zu erwartende Umstellung bei den Gasimporten so steuern müssen, dass Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit für unsere Unternehmen gewährleistet sind. Wir müssen zeigen, wie man beides schafft: Klima schützen und gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten. Nur so wird weltweiter Klimaschutz gelin-

gen: Wenn andere sehen, dass wir unseren Wohlstand erhalten.

Welche konkreten Schritte werden Sie ergreifen, um Beschäftigte und Unternehmen auf dem Weg der Transformation zu unterstützen?

Joachim Stamp (FDP)

Wir setzen auf einen Transformationsdialog zur Zu-

kunft der Industrie, um NRW zum Vorreiter der industriellen Transformation zu machen. Klar ist dabei, dass die digitale und klimaneutrale Transformation Investitionen in hohen Milliardenbeträgen erfordert, die vor allem von der Wirtschaft gestemmt werden müssen.

Damit die handelnden Akteur*innen eigenständig den Transformationsprozess gestalten können, wollen wir günstige Rahmenbedingungen schaffen. Hierfür setzen wir auf gezielte Initiativen und Maßnahmen wie den Abbau überflüssiger bürokratischer Vorgaben, aber auch beschleunigte Genehmigungs- und Planungsverfahren, ein verbessertes Fachkräfteangebot sowie eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung.

Mona Neubauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Instrumente für eine strukturell erfolgreiche Transformation, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben. Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen transparenter, unbürokratischer und damit einfacher gestalten.

Mit transparenten und langfristigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards und steigenden Quoten für klimaneutrale Produkte machen wir öffentliche Aufträge zum Treiber der sozialökologischen Transformation. Außerdem werden wir die Einführung eines

wirksamen Mechanismus gegen Klima-Dumping auf EU-Ebene unterstützen.

Thomas Kutschaty (SPD)

Als NRW-SPD wollen wir NRW als Industrieland Nummer eins erhalten und stärken. Das gilt besonders für die Chemieindustrie, denn unser Bundesland ist dringend auf eine starke Chemieindustrie, die sich im globalen Wettbewerb behaupten kann, angewiesen. Deshalb werden wir in NRW 30 Milliarden Euro in einem Transformationsfonds zur Verfügung stellen, der die Unternehmen auf dem Weg der Transformation unterstützen soll.

Zielgruppen sind zum Beispiel Unternehmen und Betriebe, die ihre Produktion umstellen wollen und müssen – auf Elektromobilität, auf Wasserstoffbasis oder auf zirkuläre Wertschöpfungskonzepte. Das hilft der Stahlindustrie in Duisburg genauso wie mittelständischen Champions in Südwestfalen.

Hendrik Wüst (CDU)

Ganz wichtig für die Jobs der Zukunft: Wir setzen auf eine starke Innovationsförderung. Im Rheinischen Revier fördern wir beispielsweise zwei Chemieprojekte zur Produktion von grünem Wasserstoff, der zur Herstellung von Basis-Chemikalien genutzt werden soll. Da entstehen Arbeitsplätze mit Zukunft! Ich dränge auf faire Rahmenbedingungen, damit energieintensive Industrien auch mit klimaneutraler Produktion konkurrenzfähig sind. Wenn wir es richtig anstellen, halten wir gute Arbeitsplätze

bei uns und exportieren unsere Lösungen für klimaschonende Produktion in alle Welt.

Tarifflicht ist ein großes Thema für viele Gewerkschaften – auch gut organisierte Branchen sind immer stärker betroffen. Wie wollen Sie Tarifbindung stärken?

Joachim Stamp (FDP)

Mit dem Industriepolitischen Leitbild haben wir gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern ein starkes und zukunftsorientiertes Bekenntnis zum Industriestandort NRW vorgelegt. Landesregierung, Kammern, Unternehmens- und Wirtschaftsverbände sowie Gewerkschaften haben sich in der Düsseldorfer Erklärung auch klar zu einer starken Sozialpartnerschaft, gelebter Mitbestimmung und den Prinzipien guter Arbeit bekannt.

Diesen Weg wollen wir für einen starken Industriestandort mit guten Arbeitsplätzen, die vielen Menschen Chancen bieten, fortsetzen.

Mona Neubauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir streiten an der Seite der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Mitbestimmung im Wandel. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend werden. Damit konkurrieren die

Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Ein Beispiel: Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung wie Reinigungskräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren.

Thomas Kutschaty (SPD)

Tarifverträge garantieren für tausende Menschen einen sicheren und fair bezahlten Arbeitsplatz. Wir müssen alles für den Ausbau der Tarifbindung tun. So sorgen wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz dafür, dass bei allen Investitionen des Landes auch faire Bezahlung der Arbeitnehmenden garantiert wird.

Besonders bei Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung – inklusive Tochterunternehmen – werden wir darauf achten, dass diese Tarifverträge anwenden.

Hendrik Wüst (CDU)

Tarifverträge sind die DNA unserer sozialen Marktwirtschaft. Starke Gewerkschaften sind die Grundlage einer starken Tarifbindung. Die IGBCE ist dafür das beste Beispiel. Ein rechtliches Instrument zur Stärkung der Tarifbindung könnte die Privilegierung von tariflich gebundenen Unternehmen sein.

Den Tarifpartnern könnte beispielsweise gestattet werden, bei Arbeitszeitregelungen flexiblere Modelle einzuführen. Das könnte ein Anreiz für Unternehmen sein, sich wieder tariflich zu binden.